

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. ...

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gespalt. Petitzeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 55815 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Paweletz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. - Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Was erwarten die freien Gewerkschaften von dem neuen Reichstage?

Am 18. Juni wird der neue Reichstag zum erstenmal zusammengetreten. Das ist nach dem Ausfall der Wahlen am 20. Mai immerhin ein Ereignis, mit dem zu beschäftigen es sich wohl lohnt.

Die freien Gewerkschaften haben an dem Ruck nach links, den die Wahlwahlen gebracht haben, einen starken Anteil. Aber 9 Millionen Stimmen hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erhalten.

Der Anteil der freien Gewerkschaften an dem Ausgange der Wahl steht also außer allem Zweifel. Die logische Folge davon ist, daß die Mitglieder der Gewerkschaften nun auch ganz bestimmte Erwartungen von der Tätigkeit des neuen Reichstages haben.

1. Justiz. Schon der alte Reichstag hat sich in vielen Sitzungen mit der Reform des Strafgesetzbuches befaßt. Diese Reform hat für die Arbeiterklasse eine ganz besondere Bedeutung, weil das alte Strafgesetzbuch aus dem Geiste der Richter geschaffen war.

Sodann muß ein die Arbeitskraft besonders schützender Paragraph in den neuen Strafgesetzentwurf eingefügt werden. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen schützen das einzige Gut des Arbeiters noch lange nicht genug.

renen und Schöpfen ist ebenfalls viel zu gering. In Berlin befand sich unter 60 Geschworenen kein einziger Arbeiter.

Auch im Strafvollzug ist eine tiefgehende Reform in menschlichem, sozialem Sinne unbedingt notwendig. An der Forderung der Abschaffung der Todesstrafe halten wir fest, ganz besonders nach den Erfahrungen der letzten Zeit.

Zum Schluß, nicht aber als unwichtigstes, nennen wir den weiteren Ausbau der Arbeitsgerichte.

2. Wirtschaft und Arbeit. Unsere alte Forderung auf Mitbestimmung in der Wirtschaft halten wir in vollem Umfange aufrecht. Nur so ist es möglich, für die Arbeiter an der Steigerung des Wohlstandes einen entsprechenden Anteil zu erringen.

30000 neue Mitglieder, die wir in den ersten Monaten dieses Jahres gewannen, bezeugen die Werbekraft unserer gewerkschaftlichen Arbeit, den Erfolg unseres täglichen praktischen Klassenkampfes.

Müssen die ungelerten Arbeiter, die Fabrikarbeiter, in ihrer Organisationskommission. Vor den kommenden Kampfen brauchen wir nicht zu bangen. Der bisherige Erfolg gibt uns die

frische Zuversicht, daß auch in Zukunft das Glück im Kampfe auf unserer Seite sein wird. Bleiben wir einig und entschlossen, schließen wir die Reihen noch dichter, werden wir täglich neue

Kämpfer für die Sache der Arbeit. Wir heißen die neugewonnenen Kollegen willkommen. Schulter an Schulter mit ihnen wollen wir

streiten!

zu verwerfen, wenn sie die Lebenshaltung des Volkes verschlechtern und verteuern.

Der Artikel der Reichsverfassung, der die Arbeitskraft zum kostbarsten Gute des deutschen Volkes erklärt, das daher unter dem besonderen Schutz des Reiches stehen müsse, muß endlich in die Tat umgesetzt werden.

Entgegen den Klagen der Wirtschaftsführer über eine zu starke Betätigung des Staates in wirtschaftlichen Unternehmungen, fordern wir ein Immerstärkerwerden der öffentlichen Hand unter der Kontrolle und Mitbestimmung von Vertretern der Arbeiterschaft.

Scharfe Kontrolle der Kartelle und Trusts durch den Staat muß verhindern, daß diese Unternehmungsformen das Allgemeininteresse schädigen. Stärkung der Staatsmacht gegenüber der durch konsequente Konzentration ins Ungeheure vergrößerten Macht des Kapitals ist dazu notwendig.

3. Sozialpolitik. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist in der Nachkriegszeit mancher Fortschritt erzielt worden. Das soll nicht geleugnet werden. Aber diese Fortschritte können noch nicht vollkommen befriedigen.

für Arbeiter und Angestellte nur knappe 6 Prozent. Es stimmt also nicht, daß die Soziallasten die deutsche Wirtschaft ruinieren. Ganz sicher aber würde die deutsche Wirtschaft ruiniert werden, wollte man die Sozialversicherung den Wünschen der Unternehmer entsprechend abbauen.

Groß ist die Verantwortung, die die neugewählten Volksvertreter ihren Wählern und dem gesamten deutschen Volke gegenüber haben. Auf die Dauer von mehreren Jahren ist ihnen die letzte Entscheidung über Wohl und Wehe des Volkes anvertraut.

Der gefesselte Kapitalismus.

In den letzten Jahren wurden bedeutende Erörterungen über die Entwicklung der Wirtschaft gepflogen. Große Leuchten am Himmel bürgerlicher Wissenschaft haben herausgefunden, daß sich die deutsche Wirtschaft an einem Scheidewege befände.

Nach einem geschichtlichen Rückblick stellt Schmalenbach fest, daß das 19. Jahrhundert gekennzeichnet sei durch die freie Wirtschaft. Diese ging voraus, wo die Fürsten herrschten und deren wesentliches Kennzeichen eine durch natürliche und gesetzliche Schranken bewirkte Gebundenheit war.

Die dem Zeitalter der freien Wirtschaft folgende Ordnung ist nach Schmalenbach eine solche, die durch Kartelle, Trusts und andere Monopolgebilde, durch Staatseisenbahn, Staatsposten, Staatsbanken, staatliche Versicherungsunternehmen, staatlich beherrschte Landeszentralen für Licht- und Kraftlieferung, gemischte Unternehmungen vieler Art, staatliche Preisregelung für Kohle, Kali, Wohnungsmieten und staatliche Festsetzung von Lohnsätzen gekennzeichnet ist.

Eine solche Entwicklung geht im theoretischen Gegensatz aller unserer Wirtschaftsführer vor sich. Was ist es denn im Grunde genommen anders, so ruft Schmalenbach aus, als die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben? Seine Vorstellungen von der Zukunft der Wirtschaft sind es, die wir sich erfüllen sehen.

Die Gründe zu dieser Entwicklung muß man nicht in den Menschen, sondern in den Dingen suchen. Nach Schmalenbach ist es eine einzige Erscheinung, die uns die alte Wirtschaftsform verlassen und in die neue hineinzuweisen läßt. Diese Erscheinung ist in ihrer Auswirkung so stark, daß sie das ganze deutsche Wirtschaftsgebäude umzuwerfen zwingt. Es ist die Verschiebung der Produktionskosten innerhalb des Betriebes, und zwar handelt es sich darum, daß der Anteil der proportionalen Kosten (Löhne, Teile des sogenannten variablen Kapitals) am Produktionsprozess immer kleiner und der Anteil der fixen Kosten (das sogenannte konstante Kapital, ferner Zinsen, Abschreibungen, Verwaltung und andere Vereinfachungskosten) immer größer geworden ist, und zwar in solcher Weise, daß schließlich der Anteil der fixen Kosten für die Produktionsgestaltung bestimmend wurde.

Professor Schmalenbach folgert daraus, daß auf die Rückkehr der freien Wirtschaft nicht zu rechnen sei. Alle Umstände deuten darauf hin, daß der Anteil der fixen Kosten sich nicht vermindern, sondern noch vergrößern wird. Das erste, was auch dem oberflächlichsten Beschauer entgegentritt, wenn er die alte und neue Wirtschaftsperiode miteinander vergleicht, ist die fortgesetzte Steigerung der Betriebsgröße. Mit dieser Steigerung der Betriebsgröße ist notwendigerweise ein Wachsen, sogar ein relatives Wachsen desjenigen Betriebsorgans, das man als Kopf dieses Wirtschaftskörpers bezeichnen kann, verbunden. Die Arbeit dieses Kopfes, dieses Direktoriums, ist unabhängig von der Masse der Leistungen, die der unterstellte Wirtschaftskörper ausführt. Diese Größe der Zentralorgane der Betriebe soll angeblich auch in Zeiten schlechter Konjunktur nicht verringert werden können. Die Zwangsläufigkeit der Betriebe wird immer größer. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Fließarbeit, die dem Produkte einen festen unabänderlichen Weg weist und auch das Tempo der Erzeugung den starren Gehoben der Zwangsläufigkeit unterwirft. Professor Schmalenbach weist dann auf die Technisierung und Automatisierung der Produktion hin. Dadurch wurden die fixen Kosten für den Produktionsprozess immer mehr gesteigert.

Dieses Steigen der fixen Kosten bringt eine neue Zwangsläufigkeit mit sich, die es auch bei fallenden Preisen als richtig erscheinen läßt, den Betrieb weiter in Gang zu halten. Und so ist die moderne Wirtschaft mit ihren hohen fixen Kosten des Heilmittels beraubt, das selbständige Produktion und Konsumtion in Einklang bringt und so das wirtschaftliche Gleichgewicht herstellt. Weil die proportionalen Kosten in so hohem Grade fix geworden sind, fehlt der Wirtschaft die Fähigkeit der Anpassung der Produktion an die Konsumtion; und es tritt die merkwürdige Tatsache ein, daß zwar die Maschinen selbst immer mehr mit automatischen Steuerungen versehen werden und so der menschlichen Hilfe entraten können; daß aber die Wirtschaftsmaschinerie im ganzen, die große Volkswirtschaft, ihr selbständiges Steuervermögen verliert.

Auf diese Weise dehnen die Industriezweige ihre Produktionskraft immer weiter aus, ohne daß ihnen eine steigende Nachfrage dazu Veranlassung gibt. Diese Zustände erfordern gebieterisch die Bildung von Kartellen, Syndikaten und Trusts. Nachdem Professor Schmalenbach die Schäden der Syndikalwirtschaft angezeichnet hat, kennzeichnet er die Leiter der Syndikate folgendermaßen:

„Geht man den unzweifelhaft großen Unvollkommenheiten der Syndikate nach, so findet man als ihre grundsätzlichen Mängel die folgenden: Sie haben es nicht fertiggebracht, den wesentlichen Grundgedanken der Wirtschaftsorganisation zu befolgen, daß in jeder guten Organisation das Interesse der einzelnen Mitglieder und das Interesse der Gesamtheit gleichgerichtet sind. Außerdem sind die Mitglieder zu wenig geneigt, das nötige Maß an Selbständigkeit anzugeben. Die Direktoren und Generaldirektoren haben im kleinen die Mentalität, die den deutschen Fürsten eignete, als es darum ging, das Deutsche Reich zu gründen. Der Bismarck, der ihnen den nötigen Patriotismus gewalttätig beibringt, ist noch nicht erfunden.“

Trotz allem findet Professor Schmalenbach diesen neuen Zustand dem alten der freien Wirtschaft überlegen. Das alte System der freien Konkurrenz reiche angesichts der Kostengestaltung der modernen Wirtschaft zur Regelung der Produktion nicht mehr aus. Es müsse an die Stelle der freien Konkurrenz eine Gebundenheit treten. Der Staat kann es nicht zulassen, daß Kartelle und Monopole Allein-

verfüger über Bodenschätze wichtigster Art sind. Deshalb würde es zu folgendem Zustand kommen: Die Monopolgebilde der neuen Wirtschaft müssen ihr Monopol vom Staat empfangen und auf der anderen Seite überwacht der Staat die Erhaltung der aus dem Monopol entspringenden Pflichten. Ich glaube nicht, daß die gegen jegliche staatliche Überwachung eingestellten Ansprüche der Kartelle dieser Natur der Dinge entsprechende Gestaltung der Dinge auf die Dauer abweisen können.“

Welche Lehren sind aus den zweifellos interessanten Darlegungen des Herrn Professors Schmalenbach zu ziehen? Zuerst können wir mit Genugtuung feststellen, daß die sozialistische Lehre, wie sie von Karl Marx entwickelt wurde, sich als ein untrüglicher Wegweiser im Labyrinth der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung bewiesen hat. Wir haben nicht mehr eine freie Wirtschaft, sondern eine im wesentlichen gebundene.

sein, daß die Gewerkschaften ihre ganze Kraft daran setzen, um das Überwuchern der Produktionsgüterindustrien zu verhindern.

Aber eins haben die Darlegungen von Schmalenbach sehr gut gezeigt: Die Wirtschaft von heute ist in wesentlichen Teilen großer Umschichtungen unterworfen. Das Tempo der Entwicklung wird ein immer rascheres. Daraus folgt, daß wir uns große Mühe geben müssen, diesem Eilzugstempo sowohl im Erfassen der Dinge selbst wie in organisatorischer Schlagkraft nachzueifern.

Nahrungsmittel-Industrie

Konserver-Dividenden.
Mannheim. Bei der M. Bassermann & Co. A.-G. in Schwellingen i. B. (Konserverfabrik) wird nach Abschreibungen von 80 246 Mk. (i. V. 27 625) und Rückstellung von 4250 Mk. (0) lt. G.-V.-Beschluss aus dem einschl. 2591 Mk. Vortrag verbleibenden Reingewinn von 40 410 Mk. (26 871) wiederum je 8 Prozent Dividende auf die i. V. auf 700 000 Mk. (500 000) erhobenen Stammaktien und auf 7500 Mk. Vorzugsaktien verteilt. 3060 Mk. wurden vorgetragen. Das Ergebnis der Vorverkaufe ist bisher befriedigend gewesen trotz schärfster Konkurrenz.

Verschiedene Industrien

Wirkungen des § 37 des Hausarbeitsgesetzes bei Ansprüchen aus dem Tarifvertrag.

Ist ein Heimarbeiter-Lohnvertrag nach den Gesichtspunkten der §§ 26—35 HZG. zustande gekommen, so hat dieser Lohnvertrag die Wirkung eines für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages im Sinne des § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918. Er ist also unabhängig. Dasselbe gilt auch bei Tarifverträgen für Heimarbeiter, die nach den allgemeinen Gesichtspunkten des Tarifrechts zustande kamen, wenn dieselben für verbindlich oder allgemeinverbindlich erklärt sind. Tarifverträge, in welchen die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Betriebs- und Heimarbeiter gemeinsam geregelt sind, haben dieselbe Wirkung, wie die unter obengenannten Gesichtspunkten zustande gekommenen Heimarbeiterlohnverträge und Tarifverträge für Heimarbeiter, wenn die Rechtsverbindlichkeit oder die Allgemeinverbindlichkeit ausgesprochen ist.

Bei etwaiger Nichterfüllung solcher Tarifverträge hat nach § 37 Absatz 1 HZG. der Fachauschuß, sobald das Vorkommnis zu seiner Kenntnis kommt, den benannten Tarifbrecher unter Androhung einer Buße aufzufordern, den zu wenig gezahlten Lohn sofort nachzuzahlen. Ist der Aufforderung innerhalb 14 Tage keine Folge geleistet, dann soll der Fachauschuß die angeordnete Buße festsetzen. Die Buße darf das Fünffache des zu wenig gezahlten Lohnes nicht übersteigen, sie darf das Zehnfache erreichen, wenn gegen den in Frage kommenden Tarifbrecher bereits zweimal eine Buße festgesetzt ist.

Nach Absatz 2 ist die Festsetzung einer Buße unzulässig, wenn der Gewerbetreibende oder Zwischenmeister, dem eine Buße angedroht war, innerhalb der Frist von 14 Tagen dem Fachauschuß nachgewiesen hat, daß er Klage auf Nichtbestehen einer Verpflichtung oder, daß der Hausarbeiter die Klage auf Zahlung oder Feststellung der Zahlungspflicht erhoben hat.

Nach Absatz 3 soll die Buße festgesetzt werden, wenn der Tarifbrecher vorsätzlich gehandelt hat. Absatz 4 beschränkt die Ansprüche der Heimarbeiter auf vier Wochen.

Der § 37 HZG. soll die Heimarbeiter gegen Tarifbrecher schützen. Er soll insbesondere beim Tarifgedanken Anerkennung verschaffen, und er soll ferner ein Schutz für „unbeholene“ und „ratlose“ Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende sein. Durch ihn soll die Möglichkeit gegeben sein, daß auch dritte Personen oder auch Koalitionen an Stelle der vom Lohndruck Betroffenen beim Fachauschuß Anzeige gegen Lohndrücker erstatten können. Diese Auffassung kann aus Absatz 1 entnommen werden.

Ein Schatten wird auf den § 37 geworfen durch seinen Absatz 4. Dieser Absatz ist seit seiner Anwendung in der Praxis berührt worden. Nach ihm kann der Fachauschuß dem Tarifbrecher nur eine Nachzahlung aufgeben, die auf vier Wochen beschränkt ist. Der Fachauschuß kann über die Grenze von 4 Wochen auch dann nicht hinaus, wenn für ihn feststeht, daß der angeklagte Tarifbrecher schon seit zwei Jahren Tarifbruch begeht. Das bedeutet, daß der Heimarbeiter bei Klagen über den Fachauschuß nie zu seinem vollen Rechte kommen kann. Der § 37 ist dadurch anstatt zu einer weit-

Die

Delegierten zum Verbandstage kommen aus allen Teilen des Reiches in Hamburg zusammen. Alle haben den Willen, fruchtbringende Arbeit zum Wohle der Organisation und darüber hinaus zum Besten der gesamten Arbeiterklasse zu leisten. Wo gearbeitet wird, bleibt auch die

Kritik

nicht aus. Und sie darf auch nicht ausbleiben! Denn ohne Kritik ersticht der Wille zum Vorwärtshommen in fatter Selbstzufriedenheit. Stillstand ist auch in der Verbandsarbeit Rückschritt. Darum

muß

auch auf dem Verbandstage in Hamburg jeder Vertreter der Mitglieder aus dem weiten Organisationsgebiet des Verbandes bemüht sein, neue Wege zur weiteren Entwicklung und Stärkung der Organisation zu zeigen. Jede Mitarbeit ist willkommen, wenn sie

sachlich

ist und von ehrlichem Willen und festem Wollen begleitet wird. Sind wir uns einig in diesem Zusammenwirken, so wird der Verbandstag ein Erfolg unserer Verbandsarbeit sein, und die gute Wirkung der dort geleisteten Arbeit wird nicht

bleiben.

Eine gebundene, und zwar im wesentlichen nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten, indem Kartelle, Syndikate und andere Monopolorganisationen das Verfügungsrecht über große Teile der Wirtschaft bekommen haben. Aber auch der Staat greift heute viel tiefer ins Wirtschaftsleben ein, wie nie zuvor. Würde sich der Staat dieses Eingriffrechtes begeben, würde er den starken privatwirtschaftlichen Organisationsmächten ohnmächtig gegenüberstehen. Bei den heutigen Machtverhältnissen darf die öffentliche Gewalt hierbei nicht stehen bleiben, sondern sie muß, wie selbst Prof. Schmalenbach empfiehlt, die privaten Monopole weitgehend zu überwachen versuchen.

Noch eine weitere Lehre haben wir als Gewerkschaftler aus der neuesten Wirtschaftsentwicklung zu ziehen. Wenn der Anteil der fixen Kosten im Produktionsprozess wächst, und der Produktionsradius immer größer wird, so könnte es dahin kommen, daß für Löhne und für den Verbrauch ein zu geringer Teil des Volkseinkommens zur Verfügung gestellt wird. Auf diese Weise kämen wir dahin, wie es der Kollege Tarnow in seiner Broschüre „Warum arm sein?“ so treffend gekennzeichnet hat, daß Backofen und kein Brot erzeugt würden. Der eigentliche Sinn der Arbeit liegt letzten Endes nicht darin, Produktionsmittel zu schaffen, sondern Verbrauchsgüter. Nicht der Backofen ist das Ziel der Wirtschaft, sondern das Brot.“ Diesen Worten von Tarnow ist durchaus zuzustimmen. Es wird also notwendig

Opfergang.

Von einer Frau.
Von Audi Eima.

Der Angeklagte wollte den guten Ruf einer Frau schützen und der falsche Eid war die letzte Konsequenz seines Handelns. Ein innerlich gedrückter Mensch, von festerem Seelenzuge, steht vor Ihnen, den man für seine Bitterlichkeit nicht ins Gefängnis schicken darf. Mit diesen Worten endete der Verteidiger, Rechtsanwalt Professor Straßmeier, sein Plädoyer. Inzwischen lag in dem hohen Saal des Frankfurter Schöngerichts, Loggia erfülltes Schicksal rührte an den Seelen der Anwesenden. Ein Stück Menschlichkeit war zum Nachdenken.

Soll länger warten, harrte Hans A., ein junger Feinmechaniker, des Urteils. Und in diesen Minuten durchlief er im Geiste noch einmal die Stationen, die bis zur Anklagebank führten. Gewissenhaft überprüfte er sein Tun. Doch alle Überlegungen kippten in dem gleichen Punkte. Immer wieder wühlte er sich fragen: Du hast recht getan.

In einer Festsprache hatte er die junge Frau kennen gelernt. Sie kamen zusammen. . . Wochen vergingen. Sie liebten sich recht wieder gesehen. Manchmal dachte Hans an die kleine Frau, die an jedem Abend vor Lebenslust spritzte. Sollte diese hübsche Bekanntschaft zur Ewigkeit bleiben; ein Festungsbesuch, unter das der Überwachungsbeamten des Schöngerichts zu? Nein! Ein Zufall hätte eine Begegnung, und bald schlangen sich die letzten Stunden einer harmonischen Freundschaft um die beiden jungen Menschen. Sie wurden persönlich. Er hatte ihr einen Brief geschrieben. Statt einer Antwort erhielt er den Besuch eines Mannes, der ihm mit dröhnenden Worten des Gebrechens sprach. Hans hatte eine reiche Witwe und er besaß es fertig, den Eifersüchtigen zu bezwingen. Jetzt verstand er manches, was ihm vorher Rätsel gelassen. Sie war verheiratet. Deshalb also immer das rasche Aufsteigen an der Straßmeiere.

Von diesem Tage an schienen ihre Wege auseinanderzugehen, denn obwohl er ihr noch einmal von einer Reise Straße fandte, gab

ke kein Lebenszeichen mehr von sich. Monate verstrichen. — Eines Abends stand sie schlafend vor seiner Wohnung und in den nächsten Stunden empfand er von ihrem traurigen Erleben. Mitleid für die junge Frau übermannte ihn, die an einen pervertierten Mann gekettet war, der sie brutal mißhandelte. Er versuchte sie zu trösten; meinte, daß vielleicht alles wieder gut werden könnte. Sie folgte seinem Rufe und kehrte zu ihrem Gatten zurück.

Dann und wann sah sie sich. Aber immer klang in der Unterhaltung die gleiche Melodie. Hans hatte die Gabe des intuitiven Verstehens. Er mußte, daß die Freundin das Chemarium auf die Dauer nicht würde ertragen können. Ihre verhärmten Züge redeten eine zu deutliche Sprache. Hier konnte nur die Scheidung helfen.

Die Frau verließ schließlich den lieblosen Gatten und schloß sich um noch fester an den Freund. Bis zu diesem Tage hatte zwischen ihnen ein lautes Freundschaftsverhältnis bestanden. Es war nicht das angenehme Spiel zu zweit, das bei lyrischen Naturen zu einer Harmonie, bei erotischen Vergäben zu einem Genuss wird. Hans war ihr ein treuer Kamerad. Aus übergroßem Mitleid geborene Liebe banden ihn an die junge Frau. Jetzt bekamen ihre Beziehungen ein anderes Gesicht. Auf gemeinsamen Sonntagswandern lebten sie sich immer mehr zusammen und endeten in einer völligen seelischen und körperlichen Hingabe.

Eines Tages erkrankte sie. Ihr Mann hatte die Scheidungsklage wegen ehelicher Untreue eingereicht. Im ersten Termin wurde Hans der Eid zugesprochen. Darf er den Ruf dieser Frau gefährden? Nein! Dieses flehete junge Weib konnte kein anständig denkender mit einem Akkel behaftet. Er mußte das Opfer bringen. Und seinem inneren Wesen gehorchend, hob er die Hand zum Schwur und langnete den jetzigen Verkehr. Die Scheidungsklage ließ weiter. Doch kein Richter brachte mehr zu entscheiden. Die wartenden Ehejahre waren nicht spurlos an ihr vorüber gegangen. Der geschwächte Körper konnte die Krankheit nicht überwinden. Sie starb.

Das Spiel hatte damit noch kein Ende gefunden. In dem Nachhinein der Toten erstickten Briefe, die Hans des Meines zu ver-

dächtigen. Nun steht er auf der Anklagebank des Schwurgerichts, denn der rachsüchtige Ehemann der Verstorbenen erstattete Anzeige. Er gesteht offen seine Schuld. „Hör, wie die Jungen seinen Charakter loben, wie selbst der Staatsanwalt davon sprach, daß er aus tiefstem Mitleid gehandelt habe. Wie endet sein Weg? Im Zuchthaus? Im Gefängnis?“

Der Angeklagte wird wegen Meineids zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Auf Falschheid steht Zuchthaus. Eine Eidesverletzung heißt Strafe, weil der Eid als Fundament der Rechtspflege geschützt werden muß. In diesem Falle mußte der strafmildernde § 157 StGB. in Anwendung gebracht werden, da sich A. durch wahrheitsgemäße Behauptungen einer eventuellen Bestrafung wegen Ehebruchs ausgesetzt hatte. . . So lautete das Erkenntnis des Gerichts.

Der Vorlesende wechelt den Tonfall seiner Rede. Jetzt spricht nicht mehr der Richter, sondern der Mensch zum Menschen, als er erklärt: Der Angeklagte wollte die Frau schonen. Rein gefühlsmäßig muß man seiner Tat Sympathie entgegenbringen und das Gericht hat keine Bedenken geäußert, ihm die bedingte Begnadigung zuzubilligen.

Mit freudüberglänzendem Gesicht verläßt Hans A. den Gerichtssaal. Draußen auf dem Korridor strecken sich ihm Arbeiterhände entgegen. Die Kollegen aus der Werkstatt drücken ihm die Hände.

Dieser Prozeß ist in doppelter Hinsicht lehrreich. Er zeigt, daß wir gegen die Voraklegsjahre in der Strafprozesspflege ein Stück vorwärts gekommen sind. Damals konnte man Angeklagte vom Format des A. nicht vor dem Kerker retten. Aus anderer Perspektive betrachtet, zeigt die Verhandlung, daß sich in einem einfachen Arbeiter hundertmal mehr Zuchtgefühl und Herzensbildung paaren kann, als bei jenen bramarbasierenden „Kavalieren“, die sich um die Ehre einer Frau zu verteidigen, ein paar Schmarren auf die zerhackte Backe schlagen oder Löcher in die Luft schießen. Hans A. ließ sich instinktmäßig von seinem proletarischen Gefühl leiten, das in der selbstlosen Hingabe für den Nächsten gipfelt.

gehenden, zu einer schädigenden Schlußbestimmung für diejenigen Heimarbeiter geworden, für die in der Regel durch dritte Personen oder Koalitionen die Bitte des Fachauschusses in Anspruch genommen wird, also solche Heimarbeiter, die als 'unbeholten' und 'ratlos' zu bezeichnen sind.

Auf Grund der schädigenden Auswirkungen, die durch § 37 Absatz 4 für Heimarbeiter verursacht werden, ist die Frage aufzuwerfen, ob den Heimarbeitern überhaupt noch der Weg über den Fachauschuss bei Lohnansprüchen oder sonstigen Ansprüchen aus dem Tarifvertrag zu empfehlen ist.

Für Heimarbeiter, die den Willen haben, mit etwaigen Lohnansprüchen aus einem Tarifvertrag dem Unternehmer gegenüberzutreten, ist der Weg über das Arbeitsgericht der gegebene. Kein Heimarbeiter braucht sich den Bestimmungen des § 37 ZWO unterwerfen.

Nach Dr. Gustav Rohmer (Kommentar zum Hausarbeitsgesetz § 130) hat § 37 Absatz 4 ZWO nur den Zweck, daß nicht wegen weit zurückgelegender Ansprüche das Wucherverfahren in Anspruch genommen werden soll.

Eine abweichende Auffassung vertritt Dr. Erich Melsbach (Kommentar zum Heimarbeiterlohngesetz, Dr. Erich Melsbach, S. 87/88). Melsbach steht auf dem Standpunkt, daß der § 37 ZWO, die allgemeinen Verjährungsfristen (§ 196 ZOB) außer Wirksamkeit setze, kommt aber zu der Überzeugung, daß das Ergebnis dieser Untersuchung bedenklich sei und deshalb der § 37 Absatz 4 ganz eng ausgelegt werden müsse.

Die Puppenindustrie in Italien.

Nach den Gesamtanzahlen der Ausfuhr von Puppen aus Italien zu schließen, hat die Entwicklung der italienischen Puppenindustrie in den letzten drei Jahren eine nennenswerte Aufwärtsentwicklung erfahren. Der Umfang der einzelnen Firmen sowie der höhere Grad der Entwicklung dieser Industrie konnte in Ermangelung einer Fachliteratur in Italien bisher nicht in Erfahrung gebracht werden.

Die von Italien importierten Puppen werden zu vier Fünftel aus Deutschland bezogen. Ein Fünftel verteilt sich auf die übrigen puppenproduzierenden Länder.

Table with 3 columns: Year (1925, 1926, 1927) and two rows of data for 'Gewöhnliche Puppen mit Schlafaugen oder Perücke' and 'Andere Puppen'.

Vorstehenden Zahlen nach zu urteilen, hat sich der Außenhandel der italienischen Puppenindustrie so vollzogen, daß sich die Ausfuhr von Puppen aus Italien 1927 im Vergleich zu 1925 um rund 100 Prozent erhöht hat.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

„Deutschland braucht nicht Schrittmacher der Sozialpolitik zu sein.“

Die 'Deutsche Bergwerkszeitung' ist ein Unternehmerorgan, welches sich wohl am meisten mit der Gewerkschaftsbewegung befaßt. Ein großer Teil dieses Blattes ist der Bekämpfung der Gewerkschaften gewidmet.

brauchen auf das Geschreibsel selbst nicht einzugehen. Es genügt, den Schlußatz zu zitieren: 'Deutschland braucht wirklich nicht der Schrittmacher für die sozialpolitische Entwicklung in der Welt zu sein.' Das ist ein Geständnis, welches zu denken gibt.

Korruption im Moskauer Arbeitsnachweis.

(RSD.) Die russische Presse bringt in der letzten Zeit fast täglich neue Berichte über die zunehmende Korruption in vielen Arbeitsnachweisen.

Die Untersuchung hat eine Reihe empfindlicher Verbrechen in den Arbeitsnachweisen aufgedeckt, welche nicht zur Kategorie der vereinzelten zufälligen Verbrechen gehören.

Die Moskauer Kriminalpolizei ist dieser Frage aus eigenem Antriebe nähergetreten. In verhältnismäßig kurzer Zeit ist es der Kriminalpolizei gelungen, eine Reihe von Verbrechen in den Sektionen der Handelsangelegenheiten, der Buchdrucker, der Arbeiter der Lebensmittelbranche und der Studentenschaft aufzudecken.

Wie es sich jetzt herausgestellt hat, bestand in den genannten Sektionen (und sicherlich nicht nur in diesen) ein fester 'Larri' für die Überweisung von Arbeit - in Höhe des Monatsverdienstes nach Erhalt der Arbeit.

In der gleichen Nummer des 'Lud' wird erwähnt, daß auch in Leningrad, Charkow, Nikolajew und Iwanowo-Wojnesensk Verbrechen der Arbeitsnachweisbeamten aufgedeckt worden sind.

Frauenfragen.

Arbeit und Arbeitsbedingungen in der Lumpenfortiererei.

Es ist sprichwörtlich, daß alle 'Lumpenhörner' gut verdienen und gut zu leben haben. Man spricht seltener davon, wie sie ihr 'Personal' bezahlen; unter weichen Umständen Frauen ihr Brot verdienen müssen.

Obwohl die Beschäftigung hier erhebliche Anforderungen an die Arbeiterin stellt, wird sie außerordentlich schlecht entlohnt. Am meisten gefährdet ist aber die gesundheitschädigende Wirkung, die durch das Aufwachen des Staubes entsteht, der sich während des ganzen Arbeitsprozesses im Arbeitsraum verbreitet.

Wirtschaftliches.

Eine Atempause für die Wirtschaft.

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt in seinem neuen Vierteljahrsheft zur Lage der Konjunktur Ende Mai: Die Beschäftigung hat sich in den letzten Monaten zwar saisonmäßig gehoben, im übrigen aber ihren Stand nicht allgemein behaupten können.

Im ganzen ist die gegenwärtige Konjunkturlage dadurch gekennzeichnet, daß die jahreszeitliche Aufwärtsbewegung der Wirtschaft eine Atempause gibt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine antigewerkschaftliche Betriebsratetagung.

Der Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine veranstaltete Mitte September in Berlin eine werkschaftliche Reichswirtschaftskonferenz, verbunden mit einer antigewerkschaftlichen Tagung der Betriebsräte.

Der Ausfall der Wahlen zu den Parlamenten, der 'den Sieg des gewerkschaftlichen Sozialismus brachte', wie die 'Deutsche Werkschaft' vom 3. Juni d. J. selbst zugestehen muß, hat anscheinend alle 'wahren Patrioten' mit ernsther Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und, was wichtiger ist, der deutschen Wirtschaft, erfüllt.

Wie die Werkvereine in der Arbeitszeitfrage wirken, geht aus einer Notiz hervor, die sich in der 'Deutschen Werks-

Resultat der Wahlen zum 16. ordentlichen Verbandstag.

Wahlkreis-Nummer	Namen der Delegierten	Wohnort	Wahlkreis-Nummer	Namen der Delegierten	Wohnort	Wahlkreis-Nummer	Namen der Delegierten	Wohnort	Wahlkreis-Nummer	Namen der Delegierten	Wohnort
Gau 1:			Gau 5:			Gau 9:			Gau 13:		
1	Böger, Wilhelm	Hannover	1	Drems, Albert	Königsberg	1	Graf, Johann	Nürnberg	1	Hertwig, Paul	Köln
2	Conzenius, Otto	Hannover	2	Lengwenat, Franz	Tilfit	2	Klarmann, Babette	Nürnberg	2	Brandl, Hermann	Köln
3	Kensch, Frau Martha	Hannover	3	Meier, August	Elbing	3	Fischer, Hans	Fürth	3	Ruhner, Karl	Krefeld
4	Werning, August	Braunschweig	Gau 6:			4	Pannoy, Nikolaus	Weiden	4	Mädge, Hermann	Andersach
5	Beyer, Paul	Goslar	1	Mehlin, Ferdinand	Breslau	5	Lindner, Joseph	Marktredwitz	5	Eichemann, Barthel	Düren
6	Schmidt, W.	Osabrück	2	Brocker, Fritz	Bunzlau	6	Then, Ludwig	Regensburg	Gau 15:		
7	Schmidpott, Emil	Bielefeld	3	Lange, Willt	Weißwasser	7	Brummer, Johann	Schwarzach	1	Voh, Fritz	Hamburg
8	Ebert, Gustav	Minden	4	Röhner, Hugo	Weißwasser	8	Rüger, Hans	Schweinfurt	2	Lorenz, Willi	Hamburg
9	Richter, Paul	Gronau	5	Schenk, Wilhelm	Weißwasser	9	Kennerknecht, Matff.	Langenau	3	Diblich, Friedrich	Bremen
10	Rüster, August	Stadtdendorf	6	Reimann, Wilsons	Rauscha	10	Müller, Christian	Schwarzach	4	Müller, Paul	Harburg
11	Garbelmann, August	Einbeck	7	Gampig, Hermann	Liegnitz	11	Popp, Otto	Schönwald	5	Peter, Ludwig	Harburg
Gau 2:			8	Dohl, Hermann	Hirschberg	12	Lauer, Karl	Hohenberg	6	Büch, Friedrich	Lübeck
1	Frenzel, Otto	Magdeburg	9	Karger, Joseph	Öhrlich	13	Sauer, Georg	Waldassen	7	Kunz, Friedrich	Kiel
2	Kein Wahlprotokoll		10	Art, Paul	Waldenburg	14	Trautner, Hans	Forchheim	8	Bestmann, Gustav	Elmsborn
3	Zennert, Karl	Deffau	11	Kühn, Heinrich	Olzau	Gau 10:			9	Schweitzer, Fr.	Lägerdorf
4	Hille, Friedrich	Stahfurt	Gau 7:			1	Lederer, Theodor	München	10	Zimmermann, H.	Flensburg
5	Bassner, Albert	Wittenberg	1	Mager, Richard	Dresden	2	Rebelmeier, Sebastian	München	11	Mülls, Wilhelm	Stade
6	Schoof, Friedrich	Neuhaldensleben	2	Sauter, Gustav	Dresden	3	Hurm, Iaber	Deggendorf	Gau 16:		
7	Beckmann, Otto	Eibingerode	3	Panno, Nikolaus	Dresden	4	Mejer, Ambrosius	Alsfing	1	Rirberg, Viktor	Düsseldorf
8	Schiller, Hermann	Calbe	4	Schädlich, Bertold	Dresden	5	Sauser, Hans	Rosenheim	2	Rafse, Paul	Barmen
9	Eitlich, Otto	Lozowig	5	Dittmann, Gustav	Meißen	Gau 11:			3	Desmoyen, Gabriel	Neubekum
10	Gittel, Otto	Galle	6	Kühne, Artur	Meißen	1	Berner, Otto	Weil im Dorf	4	Gundlach, Alfred	Dortmund
11	Brandenburger, Otto	Schönebeck	7	Jeremies, Ernst	Sachsen	2	Geiger, Georg	Heilbronn	Gau 12:		
12	Michaelis, Hermann	Eilenburg	8	Steinborn, Richard	Sachsen	3	Phillipps, Ludwig	Karlshöhe	1	Derringer, Heinrich	Ludwigshafen
13	Wiedenbeck, Richard	Helmstedt	9	Siegmund, Ernst	Chemnitz	4	Kruze, Bernhard	Pforzheim	2	Walter, Philipp	Frederichshafen
14	Krause, Gustav	Sitterfeld	10	Zimmermann, Oskar	Freiburg	5	Strasser, Theophil	Offenburg	3	Dobisch, Fritz	Saarbrücken
15	Wolf, Wilhelm	Stendal	11	Lempel, Hermann	Heidenau	6	Hege, Karl	Offenburg	4	Schwarz, Philipp	Speyer
Gau 3:			12	Nickel, Emil	Sebnitz	7	Spetch, Emil	Ohlingen	5	Ulrich, Karl	Neustadt/Saarbt
1	Klein, Bernhard	Berlin	13	Kaminisky, Richard	Wurzen	Gau 8:			Gau 14:		
2	Kämmer, Alfred	Berlin	14	Wönisch, Johann	Wurzen	1	Schauer, Felix	Altenburg	1	Krämer, Peter	Frankfurt a. M.
3	Vöhm, Oskar	Berlin	15	Schumann, Hermann	Leipzig	2	Heinke, Max	Gera	2	Lantermann, Wilhelm	Darmstadt
4	Keisten, Johann	Kottbus	16	Seim, Elise	Leipzig	3	Pabst, Karl	Ilmenau	3	Merbaner, Peter	Darmstadt
5	Wünsche, Paul	Kottbus	17	Krone, Moritz	Zwickau	4	Brahme, Alfred	Rudolstadt	4	Schneider, Paul	Kassel
6	Warty, Max	Sommerfeld	18	Bilchhoff, Fridolin	Aue	5	Brandel, Gottfried	Sonneberg	5	Roff, Leonhard	Höft
7	Brüll, Hermann	Guben	19	Schaar, Karl	Radeberg	6	Umweltus, Wilhelm	Blankenberg	6	Traber, Richard	Malm
8	Hamann, Otto	Brandenburg	20	Knäfel, Paul	Ottendorf-Okrilla	7	Reinhardt, Harra	Eisenberg	7	Sach, Max	Offenbach
9	Riemer, Emil	Bordamm	21	Roff, Max	Markranstädt	8	Geitner, Max	Gräfenroda	8	Wehr, Anton	Worms
10	Gäfer, Adolf	Eberswalde	22	Weigand, Gustav	Penitz	9	Müller, Albert	Jena	9	Seeger, Heinz	Niederlahnstein
Gau 4:			23	Kiedel, Adolf	Altmageln	10	Meinhardt, Gustav	Kahla	Gau 15:		
1	Kländer, Wilhelm	Stettin	24	Leubner, Max	Riesa	1	Fritz, Walter	Gräfenroda	1	Krämer, Peter	Frankfurt a. M.
2	Klank, Franz	Stolz	Gau 8:			2	Geitner, Max	Eisenberg	2	Lantermann, Wilhelm	Darmstadt
3	Dargatz, Werner	Köslin	1	Mager, Richard	Dresden	3	Müller, Albert	Gräfenroda	3	Merbaner, Peter	Darmstadt
4	Wagner, Werner	Lebbin	2	Sauter, Gustav	Dresden	4	Fritz, Walter	Gräfenroda	4	Schneider, Paul	Kassel
5	Rothand, Max	Friedland	3	Panno, Nikolaus	Dresden	5	Müller, Wilhelm	Jena	5	Roff, Leonhard	Höft
6	Schmücker, Willi	Bismar	4	Schädlich, Bertold	Dresden	6	Apel, Ludwig	Saalfeld	6	Traber, Richard	Malm
7	Lütge, Louis	Rostock	5	Dittmann, Gustav	Meißen	7	Wittig, Christian	Steinach	7	Sach, Max	Offenbach

gemeinschaft" vom 3. Juni festgedruckt findet. Wir lassen diese Notiz hier folgen.

Weiterer Erfolg für den R. v. A.

Der Werkverein Wolgast hatte mit der Zementfabrik Wolgast einen Tarifvertrag abgeschlossen. In diesem Tarifvertrag war eine den Arbeitsprozess bzw. die Produktion fördernde Vereinbarung über die Arbeitszeit getroffen.

Gegen diese Arbeitszeitvereinbarung verlagte der Gewerberat die Betriebsleitung, da diese Bestimmung nicht mit den Richtlinien des Arbeitszeitgesetzes übereinstimmen sollte.

Die kleine Strafammer des Landgerichts Greifswald sprach die Betriebsleitung frei, weil ihr nicht der Vorwurf der vorsätzlichen Arbeitszeit-Überschreitung gemacht werden könne.

Ein schöner Erfolg, den wir dem Werkverein Wolgast leidlos gönnen.

Was unter dieser den Arbeitsprozess bzw. die Produktion fördernden Vereinbarung zu verstehen ist, ist nicht schwer zu erraten. Die Überschrift der Notiz kennzeichnet die Tendenzen, die in den von den Werkvereinen abgeschlossenen Tarifverträgen herrschend sind. Zum Vorteil der Arbeiterschaft werden sie sich kaum auswirken.

Das wird aber von den Massen der Arbeiterschaft in immer stärkerer Maße erkannt, daher der immer wachsende Zugriff auf den freien Gewerkschaften, das Ansteigen der Mitgliederzahlen in diesen Organisationen und daher der Sieg des gewerkschaftlichen Sozialismus in den Wahlen am 20. Mai. Daran wird auch die werksgemeinschaftliche Reichskonferenz mit der antigerichtlichen Betriebsratetagung nichts ändern können. Es wird auch dort nur ein großer Aufwand schließlich vertan werden, den Vormarsch der freien Gewerkschaften anzuhalten wird die Konferenz nicht in der Lage sein.

Jugendbewegung.

Jugend und Gewerkschaftsbewegung.

Die Jugend ist die Baumerträgerin unserer Zukunft. Sie wird das Erbe antreten, das wir hinterlassen, und soweit wird dieses Erbe gedeihen, blühen und zur entscheidenden Macht werden, als es die Jugend versteht, dieses Erbe zu verwalten und zu vermehren. Eine große Aufgabe, die viel Arbeit, Umsicht, Kampfesmut und -geist verlangt; denn in der Verwaltung und Vermehrung liegt der Fortschritt unserer Bewegung, liegt die Trennung, die als Schranke unter die Vergangenheit gezogen ist. Vollendung des von den Alten begonnenen Werkes, die soziale Befreiung des Arbeiters vom kapitalistischen Joch. Viel zu wenig wird diese wichtige Aufgabe beherzigt und angenommen. Und warum wohl?

Wir haben die schlimmsten Zeiten hinter uns. Nach Jahrzehnte langen Kämpfen steht heute die Gewerkschaftsbewegung, die aus kleinen Anfängen hervorgegangen, kraftvoll da. Was von den Vorkämpfern angestrebt wurde, den Unternehmern die Alleinherrschaft zu nehmen und für die Arbeiter die Mitbestimmung in der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung zu verlangen, ist schon zum großen Teile erreicht worden. Heute können wir nicht mehr den rechtlosen Arbeiter, der der Unternehmerrückwärts preisgegeben ist. Leider erfassen diesen Fortschritt immer noch wenige, desgleichen erfassen und bedenken nur wenige, wieviel Opfer, Entbehrung und Kampf es gekostet hat, dem Arbeiter die wirtschaftlichen und rechtlichen Vorteile zu erringen. Denn wären sich recht viele Opfer dieser Tatsache bewußt, müßten wir ein allseitiges folgendes Bekennen zur Sache zu verzeichnen haben. So aber geht es

Schrift für Schrift, weil der Mensch nun einmal nicht erfasst, was er sich nicht selbst erringen mußte. Und ist dies schon in den Reihen der Arbeiter zu beklagen, wer will es der Jugend anrechnen, wenn sie sich mehr Sport und Spiel zuwendet und zu wenig vom Rechte Gebrauch macht, sich gewerkschaftlich und politisch organisieren und betätigen zu dürfen. Bekanntlich war dies bis vor wenigen Jahren verboten. Fällt da nicht ein großer Teil Schuld auf uns selbst zurück? Lassen wir uns ein einziges Mal Zeit, in die Eigenart der Jugend zu dringen, sie zum Kameraden, zum Kollegen zu erziehen? Nehmen wir jede Gelegenheit wahr, sie zum notwendigen Beitritt zur Gewerkschaft zu überzeugen und zur Mitarbeit zu bewegen? — Es handelt sich ja hier um junge Menschen, die das wirtschaftliche Leben noch nicht kennen, das sie erst kennen lernen müssen. Daher ist es Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, seine Hauptaufgabe der Jugend zuzuwenden, ihr unsere wirtschaftliche Lage, Aufgabe und Ziel zu zeigen, doch nicht aufdringlich, gewaltsam, immer der Eigenart der Jugend entsprechend, die lernt, ohne lernen zu wollen. Nie das Ziel zu hoch und zu begrenzt stecken, damit, wenn es nicht erreicht wird, der Glaube an die gute Sache nicht verloren geht. — Ja der Glaube! Wo dieser, gestützt auf Tatsachen, in die Herzen dieser jungen Menschen gepflanzt wird, da werden Jungkollegen und -kolleginnen erzogen, in deren Hufe wir einst unsere Arbeit geben können, weil sie dann mit Begeisterung aufgenommen, zielbewußt im Glauben an das Große, Gute weitergeführt wird. Die Arbeit, die wir an der Jugend leisten, wird uns zum Nutzen sein. Denn was wir heute für die Jugend erstreben, wird die Jugend später, wenn wir selber alt, an uns zurückgeben. Sie wird uns Stütze und Bannerträgerin sein.

B. Rich.

Verbandsnachrichten.

Zum Verbandstag.

Die Anträge, die sich auf die Einführung der Invalidentversicherung beziehen, konnten wir, ihres Umfangs wegen, nicht in die Spalten des "Proletarier" bringen.

Sie werden in die Vorlage zu dem Verbandstag eingefügt.

Mit Gruß!

August Brey.

Bewerbungen

zu den 35. bis 46. Bildungskursen für unsere Verbandsmitglieder.

In Fortsetzung der bisher abgehaltenen Kurse hat der Hauptvorstand beschlossen, im nächsten in Wenigsten weitere Kurse abzuhalten. Diese finden statt:

- im 2. Halbjahr 1928
- vom 9. September bis 22. September
- vom 30. September bis 13. Oktober
- vom 21. Oktober bis 3. November
- vom 11. November bis 24. November
- vom 2. Dezember bis 15. Dezember
- (Dieser Dezemberkurs ist für die Angefallenen reserviert.)
- Im ersten Halbjahr 1929
- vom 6. Januar bis 19. Januar
- vom 27. Januar bis 9. Februar
- vom 17. Februar bis 2. März
- vom 10. März bis 23. März
- vom 7. April bis 20. April
- vom 23. April bis 11. Mai
- vom 26. Mai bis 8. Juni

Für jeden dieser Kurse sind folgende Vorkursarbeiten vorzulegen:

Verwaltung und Kassenwesen, Betriebsratgesetz und Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag nach Gewerbeordnung und Bürgerlichem Gesetzbuch, Arbeitsgerichtsgesetz und Vorkursgeordnung, Geschichte und Theorie der Gewerkschaften, Einführung in die Volkswirtschaft, Sozialversicherung.

Die Kolleginnen und Kollegen werden aufgefordert, schriftliche Bewerbungen bis zum 15. Juli 1928 bei den zuständigen Stellenverwaltungen einzureichen. Die Bewerbungen müssen einen Lebenslauf enthalten, aus dem das Lebensalter zu ersehen ist, sowie die Dauer der Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband und evtl. frühere Mitgliedschaften, die Tätigkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung sowie die gegenwärtigen Funktionen. Ferner sind Angaben über die Teilnahme an Abendkursen oder sonstigen Bildungsveranstaltungen zu machen. Falls der Bewerber bisher an keinem solchen teilgenommen hat, ist dies kurz zu begründen.

Wer an einem vom Hauptvorstand abgehaltenen Kursus, auch Wanderkursus, schon teilgenommen hat, kann vorerst noch nicht wieder zugelassen werden. Wir bitten deshalb diese Kolleginnen und Kollegen, eine Bewerbung nicht einzureichen.

Jeder Bewerber hat anzugeben, welcher Zeitpunkt für seine Kursusnahme für ihn in Frage kommt. Wenn möglich, ist auch ein zweiter Vorschlag zu machen, wenn der erste Vorschlag wegen Überfüllung des Kursus nicht berücksichtigt werden kann, eine anderweitige Zuteilung erfolgen kann.

Die Kursusnehmer erhalten:

1. die Verbeitragsen 80 Prozent, die Ledigen 40 Prozent ihres Arbeitsverdienstes;
2. Fahrgehalt 3. Klasse vom Wohnort nach Hannover und zurück sowie 8 Mk. für einen ganzen, 4 Mk. für einen halben Reisetag;
3. freies Unterkommen und freie Verpflegung im Schulheim sowie ein tägliches Taschengeld von 1,50 Mk.

Die Berechnung der Entschädigung erfolgt auf Grund der letzten vier Lohnzettel und des Verbandsbeitrages.

Die Stellenverwaltungen haben die Bewerbungen zu prüfen und mit einem Gutachten an die Gauleitung bis zum 28. Juli weiterzugeben.

Die Gauleitungen müssen die Bewerbungen mit einem Ergänzungsaufgaben entprechend dem Formularbogen an den Hauptvorstand bis zum 11. August senden.

Die früheren Bewerber, die nicht zum Zuge gekommen sind, müssen eine neue Bewerbung bei ihrer Stelle einreichen. Es ist zu bemerken, daß es sich um eine Wiederholung handelt.

Die Ausschreibung für das zweite Halbjahr 1929 erfolgt voraussichtlich im Juni 1929.

Zahlstelle Groß-Hamburg.

Wir suchen für unsere Zahlstelle zum 15. Juli 1928 einen

Agitationsleiter,

der insbesondere mit den Verhältnissen in der Seifen- und Lack- und Farbenindustrie vertraut ist.

Die Bewerber haben eine selbstgeschriebene Arbeit einzureichen über:

1. Lebenslauf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung.
2. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten in der Branche zu betreiben?
3. Durchführung von Lohnbewegungen in der Branche.

In Frage kommen nur Bewerber, die schon in gleicher oder ähnlicher Stellung tätig waren. Das Gehalt regelt sich nach den Anstellungsbedingungen des Verbandes.

Bedingungen: Die Bewerber müssen mindestens 10 Jahre Mitglied unseres Verbandes, politisch und genossenschaftlich organisiert sein; gute Allgemeinbildung, Kenntnis der Sozialgesetzgebung, des Arbeiterrechts und des Betriebsratgesetzes und rednerische Befähigung besitzen.

Die Bewerbungen sind bis zum 1. Juli 1928 an die Adresse der Zahlstelle Hamburg I, Besenbinderhof 57, II, Zimmer 16, mit der Aufschrift "Bewerbung" einzureichen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Hauptversammlung der I. G. Farbenindustrie, A. G. 12 Prozent Dividende.

Die I. G. hat am 24. Mai in Frankfurt a. Main ihre Hauptversammlung abgehalten. In großen Umrissen wurde der Öffentlichkeit der Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates vorgelegt. Wenn Herr Geheimrat Dülsberg auf der Münchener Industriellen-Tagung die Aussichten der deutschen Wirtschaft im allgemeinen in den schwärzesten Farben malte, so zeigte die vorjährige Industrielltagung in Frankfurt a. M., daß das Gegenteil eingetreten ist. Deswegen mußte Herr Geheimrat Dülsberg auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im September des vorigen Jahres mit seinen Ausführungen etwas vorsichtiger sein. Vielleicht ist es auch darauf zurückzuführen, daß sowohl auf der Vor- wie auch auf der diesjährigen Hauptversammlung der I. G., nicht Herr Geheimrat Dülsberg, sondern Herr Geheimrat Bosh den Bericht erstattet hat.

In dem gegebenen Vorstandsbericht wird die allgemeine wirtschaftliche Besserung des Jahres 1927 hervorgehoben. Die Umsätze der I. G. haben sich um durchschnittlich 20 Prozent gehoben, so daß für das Berichtsjahr eine Dividende von 12 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital vorge schlagen wird.

Auf dem Farbensgebiet hat das Jahr 1927 trotz der scharfen Konkurrenz einen erheblichen Fortschritt in der Ausdehnung des Absatzes gebracht. Die Zahl der hergestellten Farben und Farberzeugnisse beläuft sich auf 152. Hervorgehoben wird ferner, daß die durch die Genfer Wirtschaftskonferenzen angestrebten Beseitigungen der Ein- und Ausfuhrverbote wesentliche Fortschritte gemacht haben und daß berechnete Aussicht besteht, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, die anderwärts bestehenden Hemmnisse der freien Handelsbetätigung zu beseitigen. Als weitere Besserung kommt hinzu, daß im laufenden Jahr, und zwar am 15. August, die durch das Londoner Abkommen von 1924 Deutschland auferlegte Sonderverpflichtung zur Lieferung von Farbstoffen unter Reparation endet und damit der I. G. weitere Bewegungsfreiheit gegeben wird.

Der Absatz in organischen Erzeugnissen hat ebenfalls eine bedeutende Zunahme erfahren. Die führende Stellung am Inlandsmarkt ist gesichert; außerdem ist eine Ausdehnung des Exportes zu verzeichnen. Ebenso liegt es auf dem Gebiet der Leichtmetalle. Der Verbrauch im Fahrzeug- und Flugzeugbau hat stark zugenommen und es ist der Bau einer neuen Anlage bereits in Angriff genommen.

Das Geschäft in Lösungsmitteln hat einen guten Aufschwung genommen, ebenso hat sich der neu in den Handel gebrachte Nitrozelluloseack den Markt erobert. Pharmazentika, Schädlingsbekämpfung und photographische Artikel haben die günstige Entwicklung fortsetzen können.

Eine erhebliche Steigerung hat das Geschäft in Kunststoffen erfahren. Auf diesem Gebiet kündigt die I. G. Neuerungen im Verfahren für Nitrocellulose an. Wenn die Lichterfelder Acetfabrik in Betrieb genommen wird, soll das neue Verfahren dort Anwendung finden. Augenblicklich werden arbeitstäglich 15 000 Kilogramm produziert. Nach Fertigstellung der Fabrik sollen 22 000 Kilogramm erreicht werden.

Der Absatz an Stickstoffdüngemitteln und technischen Stickstoffprodukten hat sich ebenfalls bedeutend entwickelt. Die Steigerung im Absatz entfällt hauptsächlich auf Leuna-Salpeter, Kalisalpeter und Nitrophoska. Die Nachfrage nach Nitrophoska überstieg zeitweise die Produktionsmöglichkeiten. Die Leistungsfähigkeit der Stickstoffwerke soll nach Abschluß der bereits fortgeschrittenen Vergrößerungsarbeiten 700 000 Jahres-Tonnen Reinstickstoff betragen. In diesem Ausmaß sollen auch die Weiterverarbeitungswerke vergrößert werden.

Die Arbeiten auf dem Gebiet der Kohleverflüssigung haben ebenfalls einen guten Verlauf genommen. Voraussichtlich wird bis Ende dieses Jahres die vorgeplante Produktion von 100 000 Tonnen Benzol erreicht. Im Jahre 1929 darf ohne weiteres mit der doppelten Menge gerechnet werden, ohne daß eine Vergrößerung der Anlagen notwendig wird. Weiter ist beabsichtigt, die Verflüssigung der Steinkohle in verstärktem Maße zu betreiben. Die Versuche zur Gewinnung von Schmieröl, Paraffin und anderen Produkten sind fortgesetzt und haben zu vielversprechenden Erfolgen geführt. Die hergestellten Schmieröle sollen sich in den Betrieben der I. G. gut bewähren haben.

Die Braunkohlenförderung ist von 16 860 326 Tonnen im Jahre 1926 auf 18 590 883 Tonnen im Jahre 1927 gestiegen. Bei den niederschlagenden Montanwerken, A. G., sind die erforderlichen Investitionen vorgenommen, um den Betrieb der Braunkohlenwerke wirtschaftlicher zu gestalten und den zu erwartenden erhöhten Kohlenbedarf des Leunawerkes zu decken.

Die Belegschaft einschl. des Leunawerkes betrug am:

	Arbeiter	Angestellte	Zusammen
1. Januar 1927	73 404	20 338	93 742
31. Dezember 1927	85 774	22 660	108 434
mithin Zunahme	12 370	1 992	14 292

Löhne und Gehälter wurden insgesamt im Jahre 1927 rund 800 Millionen Reichsmark ausgezahlt.

Unter Einfluß der Gruben und der anderen von der I. G. kontrollierten Werke waren am Ende des Berichtsjahres in I. G.-Konzern insgesamt 143 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Das Aktienkapital beträgt 1 100 000 000 Mark. Die Bilanz schließt ab mit 1 817 573 501,71 Mk. Der Reingewinn aus dem Jahre 1927 beträgt 100 812 133,26 Mk., aus welchem die 12 Prozent Dividende verteilt werden sollen.

Die größte Presse stellt fest, daß das Geschäftsergebnis der I. G. ein äußerst befriedigendes ist. Das gibt ja die I. G. selbst auch unumwunden zu: sie stellt für das laufende Geschäftsjahr noch günstigere Geschäftsergebnisse in Aussicht. Für das Jahr 1928 wird eine Verdoppelung der Kunststoffproduktion und außerdem für das Jahr 1929 eine Verdoppelung der Benzolproduktion in Aussicht gestellt. Durch Herrn Geheimrat Dülsberg läßt die I. G. verkünden, daß die Herstellung des synthetischen Kautschuks in erster Linie eine Preisfrage infolge der Vorgänge auf dem Kautschukmarkt ist. Die I. G. will erst die unbedingte Sicherheit haben, daß unter allen Umständen eine Wettbewerbsfähigkeit gegeben ist; dann wird auch die Produktion des synthetischen Kautschuks für den Markt erfolgen. Nach den Ausführungen Geheimrats Dülsbergs ist der Kautschuk synthese eine viel größere Bedeutung beizumessen als der Herstellung des synthetischen Benzins.

Zur Zeit müssen wir in Deutschland ungefähr 250 000 Tonnen Benzol einführen. Nach den Angaben der I. G. wird bald die Zeit gekommen sein, wo wir den flüssigen Brennstoff aus eigenen Rohstoffen gewinnen und dadurch unabhängig von der Einfuhr werden. Weit Größeres noch soll sich auf dem Gebiet der Kautschuk synthese ereignen. Berücksichtigt man in diesem Zusammenhang noch die Ausführungen des Generaldirektors Bergius auf einer Dresdener Industrielltagung, wonach es möglich ist, durch schonende Behandlung Zellulose in Kohlehydrate zu überführen, die vom tierischen Organismus aufgenommen, verdaut und zum Aufbau des Körpers benutzt werden (aus Holz soll also Fleisch gemacht werden), so kommt man immer mehr zu der Auffassung, daß wir in der chemischen Industrie erst im Anfangsstadium der Entwicklung begriffen sind.

Durch die zu lösenden Probleme in Verbindung mit dem Geschäftsbericht der I. G. müssen unsere Kollegen in den Betrieben

erkennen, welche ungeheure wissenschaftlich-technische und organisierte Macht sich im I. G.-Konzern verkörpert, und daraus für alle kommenden gewerkschaftlichen Bewegungen ihre Konsequenzen zu ziehen. Dem mächtigen I. G.-Konzern muß eine ebenso mächtige geschlossene gewerkschaftliche Organisation gegenübergestellt werden.

Lohnerhebungen für die chemische Industrie.

Zur Ermittlung der tatsächlichen Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie soll auf Grund der Verordnung vom 14. Juli 1927 zur Ausführung des Gesetzes betr. Lohnstatistik (Reichsgesetzblatt I. S. 185) für den Monat Juni 1928 eine Lohnerhebung vorgenommen werden. Neben den tatsächlichen Verdiensten sollen gleichzeitig die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden festgestellt werden. Die Feststellungen erstrecken sich nicht nur auf die tariflichen Stundenlöhne, sondern gleichzeitig auf die Zeit- und Stücklöhne, also auch Akkord- und Prämienlöhne.

Die Erhebung erstreckt sich nicht auf sämtliche Betriebe der chemischen Industrie. Die Gummiindustrie fällt vorläufig ganz aus. Auf Grund der besonderen Verhältnisse dieser Industriezweige sollen dafür später besondere Erhebungen vorgenommen werden. Ingesamt kommen für die Erhebung rund 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht. Davon sollen erfasst werden die Vollarbeiter und Vollarbeiterinnen, sowie die gelernten Handwerker über 21 Jahre einschließlich der Maschinenisten.

Die für die Lohnerhebung ausgewählten Betriebe bekommen vom Reichsamtsrat Fragebogen mit Anleitung zur Ausfüllung zugestellt, welche bis zum 20. Juli 1928 zurückgeschickt werden müssen.

Nach § 3 der vorstehend genannten Verordnung ist die Richtigkeit und Vollständigkeit der Eintragungen vom Betriebsleiter oder dessen Stellvertreter unterschrieben zu bestätigen. Der Betriebsrat hat durch Unterschrift zu bestätigen, daß er gegen die Eintragungen keine Einwendungen zu erheben hat.

Die Unterschrift des Betriebsrats setzt selbstverständlich voraus, daß die Eintragungen der Tatsachen entsprechen. In vielen Fällen wird es notwendig sein, daß die Belegschaften ihre Lohnzettel aufbewahren, um den Betriebsräten die Nachprüfung der Eintragungen zu ermöglichen.

Gegen die Sozialpolitik

wendet sich die Deutsche Bergwerkszeitung. Sie meint, Deutschland brauche nicht immer Schrittmacher in der Sozialpolitik zu sein. Nachstehend geben wir einige Zahlen über die höhere Sozialpolitik. Im Jahre 1926 bezogen 1753 Offiziersgroßpensionäre, davon 1525 Generale, Admirale usw., eine Gesamtpension von 21,3 Millionen Mk. Im ganze mußten für ungefähr 37 000 ehemalige Offiziere und ehemalige Militärbeamte

241 Millionen

Mark jährlich an Pension ausgegeben werden. Wir würden uns freuen, wenn die Deutsche Bergwerkszeitung mit uns einig sein würde, daß Deutschland in bezug auf diese Pensionen wirklich kein Schrittmacher zu sein braucht.

Geschäftsergebnisse in der chemischen Industrie.

Dynamit-A. G., vorm. Alfred Nobel & Co., Hamburg. Der Bericht für 1927 erklärt, daß sich die enge Verbindung mit der I. G. Farbenindustrie, A. G., und die zur Herabsetzung der Unkosten ergriffenen Maßregeln günstig ausgewirkt hätten.

Alle von den Anschlaggesellschaften nach dem Kriege aufgenommenen Fabrikationszweige seien soweit nicht organisch zum Sprengstoffgeschäft gehörend, aufgegeben worden; nur die Carbonit-A. G. betreibe ihre Drahtseilerei in Kiel und ihr Drahtseilwerk in Altona i. W. weiter. Abgesehen davon besaße sich die Gruppe nur noch mit der Herstellung von Sprengstoffen und deren Hilfs- und Zwischenprodukten. Als Folge der Rationalisierung mußte eine Reihe von Sprengstoffabriken der Anschlaggesellschaften stillgelegt werden. Soweit Sprengstoffabriken noch im Betriebe sind, kaufen sie jetzt auf den Namen, auf Rechnung und Gefahr der Dynamit-A. G. Nobel; soweit sie Eigentum der Anschlagfirmen sind, wurden sie pachtweise von der Nobel-A. G. mit Wirkung ab 1. Juli 1927 übernommen. Die Rationalisierung und die Unkostenherabsetzung hätten keine Beeinträchtigung des Absatzes zur Folge gehabt. Erwähnt wird noch die Anfang 1927 erfolgte Gründung der Sprengstoff-Verkaufs-G. m. b. H., in der sich die führenden deutschen Sprengstofffirmen zum gemeinsamen Verkauf ihrer Sprengstoffprodukte zusammengeschlossen haben. Es sei in 1927 zweimal möglich gewesen, trotz der Mehrbelastung durch Löhne usw. die Sprengstoffpreise herabzusetzen. Der Absatz an Inlands-Sprengstoffen habe sich auf normaler Höhe gehalten, der Auslandsabsatz habe eine zeitweise Belebung gezeigt. Firmen werden nicht mitgeteilt. Der Gewinn der Hamburger Nobel-A. G. errechnet sich auf Grund des Vertrags mit der I. G. Ausgewiesen wird ein Ertrag aus Waren, Dividenden, Zinsen sowie aus Beteiligungen und Abrechnungen mit verbündeten Gesellschaften wieder nur in einem Posten mit 5,12 Millionen Mk. (i. H. 5,08 Millionen); Unkosten und Steuern beanspruchten 2,55 (1,48) Millionen Mk. Abschreibungen ohne nähere Spezialisierung und Aufteilung 0,84 (1,74), wonach einschl. 91 000 Mk. (wie i. H.) Vortrag 1,82 (1,94) als Reingewinn bezeichnet werden, woraus bekanntlich 6 (5) Prozent Dividende auf anteilberechtigten 28,04 (i. H. aber 36,40) St. A. verteilt werden; die im Besitze der „Aktiva“, Verwaltungs-G. m. b. H., oder eines Gesellschafters dieser G. m. b. H. befindlichen Stamm- und Vorzugsaktien sind von der Dividende ausgeschlossen. Es handelt sich dabei jetzt um 1,98 Millionen Mk. Stammaktien. Aus der Bilanz fallen in Millionen Mark: A. R. 37,63 (wie i. H.), Reserve 7,08 (6,57), Kreditoren 4,30 (3,15); andererseits Anlagekonten, ohne daß Zugänge ersichtlich gemacht sind, 6,54 (7,32), Rohstoffe, Waren und Kommissionslager 6,28 (5,22), Wertpapiere und Beteiligungen ohne Spezialisierung 14,71, Kassa und Wechsel 1,69 (i. H. zus. mit Effekten und Beteiligungen 16,12). Ont haben bei verbündeten Gesellschaften 9,69 (11,49) Barkausgaben 7,16 (2,96) und sonstige Debitoren 1,80 (6,07), Anale 0,28 (0,24). Einen näheren Einblick in den Konzernkreis gibt der Bericht nicht.

Aber das neue Jahr wird mitgeteilt, daß sich das Geschäft im normalen Rahmen weiter entwickelt habe. (G. B. 13. Juni)

Die A. G. für chemische Produkte Fabrik Pomerania-Beck in Steffen erzielte im ersten Jahre nach der Fusion einen Bruttogewinn von 1,92 Millionen Mk., von dem nach 300 757 Mk. Abschreibungen aus 323 946 Mk. Reingewinn 4 Prozent Dividende auf 6,82 Millionen Mk. Kapital verteilt werden (i. H. bei Pomerania 3 Prozent, bei Wilm 0 Prozent). Die Fusion habe eine weitere Rationalisierung ermöglicht, deren zahlenmäßige Aus-

wirkung aber erst im Laufe der Zeit eintreten werde. Der Fusionsgewinn fand zu Abschreibungen und zur Deckung der Unkosten Verwendung. Der im Frühjahr gestiegene Superphosphat-Abfall flau im Herbst wieder ab. Das Chemikaliengeschäft verlief normal. In der Bilanz erscheinen bei 0,68 Millionen Reserve-Kreditoren mit 3,88 Akzepten mit 0,46 und Hypotheken mit 0,16 Millionen. Andererseits betragen Wechsel 0,16, Debitoren 2,80, Vorräte 3,81 und Effekten und Beteiligungen 2,08 Millionen Anlagen stehen mit 4,17 Millionen ein. (Frkf. Ztg.)

Weshalb ist eine Überproduktion an Stickstoff zu erwarten?

Die Stickstoffproduktion der Welt steht vor einer außerordentlich großen Ausdehnung. Die bestehenden Anlagen in Deutschland, England und Frankreich werden bedeutend erweitert und neue Stickstoffwerke werden auf Grund verschiedener Verfahren — in Deutschland auch von den Hüfenzwehen — gegründet. Angefacht dieser rapiden Ausdehnung befürchtet man eine Überproduktion an Stickstoff, wozu noch die neuwache Konkurrenz des natürlichen Stickstoffs, des Chilesalpeters, als verstärkendes Moment hinzukommt. Weshalb wird die Schaffung eines internationalen Stickstoffkartells zur Einschränkung der Konkurrenz beabsichtigt. Die Verhandlungen der deutschen I. G. Farbenindustrie mit dem französischen Kuhlmann-Konzern, die deutsch-englischen chemischen Besprechungen, die Übernahme der Norsk-Hydro-aktien-Gesellschaft durch die I. G. Farbenindustrie sind Vorbereitungen zum Stickstoffkartell, ebenso auch die kürzlich abgehaltene internationale Stickstoffkonferenz, wo hinter den Kulissen ohne Zweifel über Kartellgründung gesprochen wurde. Ausschlaggebend war die Begründung eines Redners auf der internationalen Stickstoffkonferenz, weshalb man eine Überproduktion an Stickstoff erwarte. Nicht etwa deshalb, weil die Landwirte keine Verwendung für die gesteigerte Stickstoffproduktion hätten. Selbst eine noch so große Steigerung der Produktion könnte von den Landwirten zur Erhöhung des Bodenertrages verwendet werden. Dann aber, falls mit Hilfe vermehrter Düngung der Ertrag des Bodens außerordentlich steigen würde, würden wir mehr Getreide und Lebensmittel haben, als bei der geringen Kaufkraft der Massen gekauft werden kann. Die Getreidepreise müssen dann stark sinken und der Landwirt würde nicht auf seine Rechnung kommen. Diese Begründung ist ohne Zweifel zutreffend, ist aber gleichzeitig bezeichnend für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung, die den großen Massen die zum Ankauf der notwendigen Lebensmittel erforderliche Kaufkraft nicht zuführen kann. Die ungleichmäßige Verteilung des Nationaleinkommens und die Ausbeutung der Lohnarbeiter einerseits, die Unterbindung der Entfaltung der Produktivkräfte durch Schutzzölle und Monopole andererseits verhindern es, daß die zum Ankauf von Getreide nötige Kaufkraft zur Verfügung steht.

Papier-Industrie

Das Kartellproblem der deutschen Papiererzeugungsindustrie.

Seit längerer Zeit fordern die Gewerkschaften die Durchsichtmachung der deutschen Wirtschaft und besonders die staatliche Kontrolle der Kartelle, Trusts, Syndikate usw. unter aktiver Beteiligung der Gewerkschaften. Ebenso entschieden wie die Gewerkschaften dieses Mitbestimmungsrecht an der Kartellkontrolle von der Gesetzgebung fordern, lehnen die Unternehmer und deren Organisationen diese Forderung ab. Wie berechtigt diese Gewerkschaftsforderung aber ist, beweisen die kartellmäßigen Zusammenschlüsse in der deutschen Papiererzeugungsindustrie und deren Beherrschung. Der Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Lammer (Zentrum) hat sich im Laufe der letzten zehn Jahre zum wahren Kartellkönig der Papiererzeugungsindustrie entwickelt und beherrscht nicht weniger wie 40 Konventionen der Papiererzeugungsindustrie. Hierüber weiß die „Frankfurter Zeitung“ im Handelsteil ihrer Nr. 357 unter der Überschrift „Zellstoff und Papier“ folgendes zu berichten:

Die Zwangswirtschaft der Kriegsjahre hat zustande gebracht, was vorher immer wieder mißlang. Das Ergebnis ist, daß heute etwa 40 Konventionen bestehen, geleitet von einem gemeinsamen Vertrauensmann (Lammer). Jede einzelne reguliert für eine bestimmte, nach Zusammenlegung, Bearbeitung oder Verwendungszweck genau abgegrenzte Papierforte den Preis und beeinflusst durch Produktionsstatistik und persönliche Fühlungnahme den Produktionsumfang, wenn auch weder gemeinsamer Verkauf noch Kontingentierung besteht. Alle zusammen erfassen praktisch die gesamte deutsche Papierproduktion, obgleich neben einigen kleinen Außenseitern auch einer der Konzerne, auf den 4 bis 5 Prozent der deutschen Produktion entfallen, nicht voll angegeschlossen ist. Eine Ausnahmestellung hatte seit einem Vierteljahrhundert lediglich der Verband deutscher Druckpapierfabriken, dessen Produkt, Zeitungspapier, in besonders hohem Maße die kartellgünstigen Bedingungen erfüllt und durch seine Eigenart mit den anderen Papierforten sich so wenig überschneidet, daß die kartellgünstigen Voraussetzungen hier wegfallen. So blieb der Verband seit 1900 unerschüttert, als festgefügtes Kartell mit Produktionskontingentierung und gemeinsamem Verkauf der seit der Gründung auf mehr als das Dreifache gestiegenen Erzeugung von Zeitungspapier; sie verteilte sich praktisch auf 32 von 48 Verbandsmitgliedern. Die Zwischenstufe zwischen den reinen Preiskonventionen und dem Druckpapierkartell erreicht nun eine andere Gruppe, die Zellulosefabrikation, die in technisch ähnlichem Herstellungsprozeß das hauptsächlichste Vorprodukt liefert.

Die Ursachen zur Kartellierung

Die Ursachen zur Kartellierung sind der gleiche Artikel der „Frankfurter Zeitung“ gegeben. Durch die Eigenart der Papiermaschine, durch ihre hohe Leistungsfähigkeit und ihre hohen Anschaffungskosten, wodurch die wirtschaftliche Lage der Papierindustrie entscheidend bestimmt wird. Das Kapital einer Papierfabrik ist in besonders hohem Maße in Maschinen festgelegt, verlangt also zur Vermeidung von Verlusten deren fortlaufende Beschäftigung. Absatzmangel kann ruinierend wirken, und Konkurrenz finden eine gefährliche breite Angriffsfläche. Andererseits führt der hohe Konkurrenzdruck dazu, daß eine verhältnismäßig geringe Zahl von Betrieben besteht, von denen jeder im Vergleich zu anderen Industrien verhältnismäßig groß ist. Wenn wir auch der letzten Auffassung nicht ganz zustimmen können, da neben wirklichen Großbetrieben auch noch ein großer Teil Zwergbetriebe existiert, die allerdings

